

Europakongress Böblingen
**Für ein demokratisches Europa der kleinen Leute statt eines
Europas der Konzerne**

Unter diesem Motto veranstalteten AfA BB, Attac BB, Betriebsseelsorge BB, DGB BB, GEW BB, IGM BB, KAB BB, Mehr Demokratie BB und Verdi BB, am Samstag, den 27. 10 2012 einen ganztägigen Kongress zum Thema „Europa unter den Folgen der Krise“. Nach Eröffnung durch den DGB Nordwürttemberg verteilten sich die 50 Teilnehmer-innen auf die 5t angebotenen Workshops, um die Lage zu analysieren und fürs Nachmittagsplenum eine „Böblinger Charta“ und spezifische lokale Forderungen für weitere Aktivitäten zu erarbeiten. - Ehrengast war Montse Ros von den spanischen „Arbeiterkommissionen“, mit die größte spanische Gewerkschaft, Generalsekretärin für den Bildungsbereich (siehe Kasten!)

Lokale Realität: Für eine menschengerechte Daseinsvorsorge in den Städten

In ihrem Impulsreferat untersuchte Farina Semler (GEW) die momentane Situation der Bildung im Kreis: Ansturm auf Privatschulen, Schulschließungen, Unterrichtsversorgung. Der Ansturm auf die Privaten Schulen im Kreis ist mittlerweile so groß, dass es z.B. in Gärtringen dazu geführt hat, dass keine 5. Klasse mehr in der Haupt- und Werkrealschule gebildet werden konnte. Mittlerweile müssen Schulen geschlossen werden, weil sie nicht mehr genügend Anmeldungen haben, wenn es auch genug Schülerinnen und Schüler vor Ort gäbe. Dies spricht aus GEW-Sicht für die Einrichtung von wohnortnahen Gemeinschaftsschulen.

Dr. Thomas Böhm von verdi (ehem. PR-Vorsitzender des Klinikum Stuttgart) führte aus, woran es heute in punkto Daseinsfürsorge krankt: Einrichtungen der Daseinsfürsorge (Wasser, Strom, Bildung, Gesundheit, ...) stehen nicht mehr grundsätzlich unter demokratischer Kontrolle, die Privatisierung schreitet in allen Bereichen rasch voran. Außerdem ist wohnortnahe Versorgung gefährdet, was die Diskussion um ein Großklinikum und seine Folgen für kleine Krankenhäuser im Kreis andeutet und was Schulschließungen bereits zeigen.

Über Forderungen waren sich alle Teilnehmenden schnell klar: Mit der Daseinsvorsorge dürfen keine Geschäfte gemacht werden! Die Debatte über die Krankenhausplanung im Kreis muss öffentlich geführt werden!

Ebenso soll über Schulentwicklungsplanung langfristig und unter Beteiligung aller Betroffenen diskutiert werden.

Die Teilnehmer-innen wandten sich auch gegen Privatisierung diverser Bereiche, die aus Sicht der Teilnehmenden in öffentliche Hand gehören: Wasser, Strom, Bildung und Gesundheit um einige exemplarisch zu nennen.

Abschluss fand die Arbeit dieser Gruppe in einem Bericht von Christina Frank (verdi), die in Form genossenschaftlicher Verbände gemeinsam mit ehemaligen Schlecker-Frauen in den Städten unter dem Motto „Nahversorgung ist Daseinsvorsorge“ bald wieder kleinere Märkte namens „Drehpunkt“ eröffnen wird."

Weniger oder mehr Demokratie in Europa und vor Ort?

In seinem Impulsreferat fragte Reinhard Hackl („Mehr Demokratie“): Wer hat das Sagen in Europa? Wie viel bleibt von der Demokratie nach dem ESM-Vertrag, in dem sich das

Parlament selbst entmachtet hat? Wollen wir eine „marktkonforme Demokratie“ (Merkel) oder einen demokratiekonformen Markt?

Stephanie Orth-Kern (Attac BB) stellte alternative Formen der Demokratie von unten vor. Die Forderungen des Workshops ergaben sich von selbst:

Wir fordern ein **kommunales Wahlrecht für alle Ausländer/-innen** an; auf dem Weg dorthin fordern wir auf Länderebene die Stärkung der Mitwirkungsrechte der ausländischen Mitbürger/-innen durch die Einführung von **Einwohneranträgen, Einwohnerbegehren und Einwohnerversammlungen**.

Weiter müssen die Hürden für **Bürgerentscheide** in Baden-Württemberg abgebaut werden. Der Europäische Verfassungsvertrag, der ein „Recht des Unternehmers auf Gewinn“ eingeführt hat, muss durch eine wirkliche Verfassung ersetzt werden. Dazu brauchen wir einen **europäischen Verfassungskonvent**, der von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wird, der Vorschläge von unten berücksichtigt, der Abstimmungsalternativen ermöglicht! Die neue europäische Verfassung soll am Ende in allen europäischen Ländern durch Volksabstimmungen beschlossen werden.

Unsere Geschichte: Der Kampf um gerechte Verteilung im Wandel der Zeit

Das Impulsreferat von Klaus Philippscheck (GEW) stellte drei revolutionäre Demokraten und Christen (August Schäfer, Christoph Friedrich Grieb und Georg Bronnenmaier aus Sindelfingen) vor. Sie kämpften damals gegen Verarmung und für einen Mindestlohn; dafür riskierten sie (und erhielten zum Teil) Gefängnisstrafen. Weil aus solchen Beispielen vor allem die Jüngeren lernen können, forderte der Workshop die Gründung einer "**Geschichts-Werkstatt**, damit unsere Kinder später noch wissen, wie alles entstand“. Logisch ergab sich daraus dann die Forderung: „**Umsetzung von kultureller Teilhabe** aller Menschen vor Ort: Kultur für alle ermöglichen, z.B. mit Kulturpässen oder Bonuskarten.

Die Zerstörung europäischer Gesellschaften und was das für uns bedeutet

In seinem Impulsreferat versuchte Hauke Thomas (Attac und GEW) die europäische Situation aus der Perspektive deutscher Arbeiter-innen zu umreißen, damit die Vertreter-innen anderer Nationalitäten im Raum Böblingen Beiträge aus ihrer Sicht ergänzen konnten. Er zeigte mit viel Zahlenmaterial: Die Wirtschaftskrise von 2007 ff. hat sich in D nur deshalb bisher nicht so stark ausgewirkt, weil die Lohnstückkosten in D so stark gesenkt wurden, so dass fast alle anderen Ländern konkurrenz-unfähig wurden. Die deutschen Lohnstückkosten sanken nicht zuletzt durch starke Reallohninbußen der durchschnittlichen Arbeitnehmer-innen. Die Perspektiven sind jetzt düster, denn die anderen Länder können nicht mehr weiter so importieren, weil sie Schulden machen; stattdessen sind sie selbst durch die Konkurrenz jetzt gezwungen, ihrerseits ihre Lohnstückkosten zu senken, um konkurrenzfähiger zu werden, so dass dann auch die deutschen Löhne wieder gesenkt werden „müssen“ usw.: Eine Spirale nach unten - wenn wir uns nicht wehren. Ermöglicht wurde dieses Lohndumping durch die Hartz-IV-Gesetze der Rot-Grünen Bundesregierung, die die Arbeitnehmer enorm erpressbar gemacht haben.

Natürlich ist diese Entwicklung nicht mit der Verarmungspolitik in Griechenland oder Spanien zu vergleichen, mit 50% Jugendarbeitslosigkeit, Anschwellen der Obdachlosigkeit, weil die Menschen ihre Wohnungen aufgeben müssen. usw. Dies zeigte eindrucksvoll das Koreferat unseres Ehrengastes Montse Ros, Generalsekretärin der spanischen „Arbeiterkommissionen“, mit die größte spanische Gewerkschaft, aus Barcelona.

Ein Beispiel einer griechischen Teilnehmerin zeigte: Wenn im Großraum Athen 17% der Schüler-innen nicht mehr regelmäßig die Schule besuchen, weil sie jobben gehen müssen, dann ist das Zerstörung einer Gesellschaft.

Angesichts der Fülle der angesprochenen Probleme gelang es erst nach langen Diskussionen, sich auf folgende „europäische“ Forderungen zu einigen:

- **Verteidigung der Tarifautonomie** in allen Ländern!
- **Massive Lohnerhöhungen** zur Förderung auch der lokalen Binnennachfrage (Abmilderung der Krise) und zur relativen Bremsung der deutschen Exportoffensive!
- Einführung eines **Europäischen Mindestlohns**, orientiert an gleichen Lebenshaltungskosten. Rücknahme (bzw. in den anderen Ländern: Nichteinführung) des Erpressungsmechanismus von **Hartz IV**! Anhebung der **Grundsicherung** auf 500 €!
- Wiedereinführung der **Vermögenssteuer** - für Millionäre! **Stärkere Besteuerung für Finanzgeschäfte** zugunsten sozialer und ökologischer Maßnahmen!

Und nicht zuletzt:

-Umschuldung der überschuldeten Länder durch Weiterreichung billiger EZB-Kredite mit ca. 1% Zinsen unter Vermittlung einer öffentlichen Bank - unter Ausschaltung des Kapitalmarktes und des undemokratischen ESM: Geld, das heute den Banken geschenkt wird, steht dann den Menschen zur Verfügung.

Um diese Forderung entspann sich noch eine kleine Kontroverse: Ein Kollege aus Italien verfocht mit Verve, dass Schuldenerleichterungen bei korrupten Regierungen wie z. B. Italien (und Griechenland) keinen Sinn machten, da bei diesen das meiste Geld in die falschen Hände komme: erst Korruptionsbekämpfung, dann Hilfe!

Dagegen wurde gehalten, dass auch die beste Regierung nichts mehr fürs Volk machen kann, wenn ein Land irrsinnig gestiegene Kapitalmarktzinsen zahlen müsse und zugleich tot gespart wird wie Griechenland. Man einigte sich schließlich darauf, dass die Finanzinvestoren und Banken keine Profite mehr aus der griechischen Pleite ziehen dürften (also diese Forderung beizubehalten), dass aber die Frage der Korruptionsbekämpfung eine Frage der inneren Demokratie in jedem einzelnen Land sei, die es nur selbst lösen können. ■

Armut hat keine Nationalität – Verteilungsungerechtigkeit auch nicht.

In seinem Impulsreferat listete Paul Schobel (Betriebsseelsorge) viele Gesichter der Armut auf. Ca. 12 Millionen Deutsche seien betroffen. Ergebnisse:

Wir werden neue Sensibilität für Arme entwickeln. Zahlen, Daten und Fakten aufbereiten, aus denen Armut **in unseren Gemeinden, Kreisen und Ländern** sichtbar wird: Der Armut ein Gesicht geben mit Fallbeispielen. Kontakte und Nähe zu den Wohlfahrtsverbänden verbessern. Kontakte zu Tafelläden und Kleiderstuben: Anerkennung der Arbeit dort, und zugleich politischen Druck entfalten zugunsten mehr sozialer Gerechtigkeit. **Lobby-Aktionen, z.B. Arbeitnehmer- und Betriebsrats-Empfänge. Abgeordnete mit Armut konfrontieren.** Prekariat begrenzen und zurückbauen.

Den "Niedriglohn-Sumpf" austrocknen (equal pay). Neue Kurzarbeiter-Modelle entwickeln, die **Leiharbeit und Befristung** umfassen. Kampf gegen Werkverträge. Mobilisierung auf betrieblicher Ebene gegen Betriebsschließungen und Entlassungen. Paul Schobel warb auch für die Aktion „Krötenwanderung“, die zum Ziel hat, dass wir unsere Ersparnisse zu Banken tragen, die damit ethisch eher vertretbar umgehen.

Montse Ros fasste zum Schluss ihre Eindrücke vom Kongress so zusammen:

„Wir alle betrachten manchmal die Wirtschaftspolitik nicht im europäischen Kontext, sondern eher im lokalen Kontext. Wir sollten uns mehr als Bürger Europas ansehen

und nicht als Bürger der einzelnen Nationen.

Nur wenn wir uns als Vertreter der einfachen Bürger/Innen zusammentun und gut vernetzen, besteht die Möglichkeit, dass wir uns gegen die großen Konzerne und ihre undemokratische und arbeitnehmerfeindliche Politik wehren können, nur zusammen sind wir stark.“

Dem haben wir nichts hinzu zu fügen.

Farina Semler und Hauke Thomas, Dank an Renate Lück.

FARINA:

Als GEW brachten wir uns in der Gruppe „Die lokale Realität – für eine menschengerechte Daseinsvorsorge in den Städten“ in Form eines Impulsreferates (F. Semler) zur momentanen Situation der Bildung im Kreis ein: Ansturm auf Privatschulen, Schulschließungen, Unterrichtsversorgung, ... Dr. Thomas Böhm von verdi (ehem. PR-Vorsitzender des Klinikum Stuttgart) führte aus, woran es heute in puncto Daseinsfürsorge krankt: Einrichtungen der Daseinsfürsorge (Wasser, Strom, Bildung, Gesundheit, ...) stehen nicht mehr grundsätzlich unter demokratischer Kontrolle, die Privatisierung schreitet in allen Bereichen rasch voran. Außerdem ist wohnortnahe Versorgung gefährdet, was die Diskussion um ein Großklinikum und seine Folgen für kleine Krankenhäuser im Kreis andeutet und was Schulschließungen bereits zeigen. Über die Forderungen waren sich alle Teilnehmenden schnell klar: Mit der Daseinsvorsorge dürfen keine Geschäfte gemacht werden! Die Debatte über die Krankenhausplanung im Kreis muss öffentlich geführt werden! Ebenso soll über Schulentwicklungsplanung langfristig und unter Beteiligung aller Betroffenen diskutiert werden. Abschluss fand die Arbeit dieser Gruppe in einem Bericht von Christina Frank (verdi), die in Form genossenschaftlicher Verbände gemeinsam mit ehemaligen Schlecker-Frauen in den Städten unter dem Motto „Nahversorgung ist Daseinsvorsorge“ bald wieder kleinere Märkte namens „Drehpunkt“ eröffnen wird.

war die schon vollzogene oder uns bevorstehende Privatisierung diverser Bereiche, die aus Sicht der Teilnehmenden in öffentliche Hand gehören: Wasser, Strom, Bildung und Gesundheit um einige exemplarisch zu nennen. Der Ansturm auf die Privaten Schulen im Kreis ist mittlerweile so groß, dass es z.B. in Gärtringen dazu geführt hat, dass keine 5. Klasse mehr in der Haupt- und Werkrealschule gebildet werden konnte. Mittlerweile müssen Schulen geschlossen werden, weil sie nicht mehr genügend Anmeldungen haben, wenn es auch genug Schülerinnen und Schüler vor Ort gäbe. Dies spricht aus GEW-Sicht für die Einrichtung von wohnortnahen Gemeinschaftsschulen spricht. Des Weiteren ging es um die Sicherung der Grundbedürfnisse vor Ort: Welche Auswirkungen auf die kleinen Krankenhäuser im Kreis BB hätte die Errichtung eines Großklinikums auf dem Flugfeld?

Lokale Realität: Für eine menschengerechte Daseinsvorsorge in den Städten

Nur Sparen hilft nicht, sondern richtet an vielen Ecken Schaden an. Die Bildung kommt zu kurz, die Gesundheitsversorgung ist nicht mehr für alle die gleiche, der sozialer Wohnungsbau befindet sich auf dem Rückzug. Die Stadt als Beute: Das Böblinger Flugfeld ist zum Spekulationsobjekt geworden. Hier werden die Auswirkungen von Europa auf die Daseinsvorsorge genauer unter die Lupe genommen.

Weniger oder mehr Demokratie in Europa und vor Ort?

Wird unsere Demokratie durch den ESM-Vertrag und den Fiskalpakt ausgehöhlt? Eine marktkonforme Demokratie oder ein demokratiekonformer Markt? Über alternative Formen des Entscheidens in Politik und Wirtschaft!

Unsere Geschichte: Der Kampf um gerechte Verteilung im Wandel der Zeit

Schon im 19. Jahrhundert auf der Tagesordnung gestanden: Die Diskussion um Banken, Börsen, Spekulanten, Verarmung, Grundeinkommen und Mindestlöhne. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit durchzieht die letzten Jahrhunderte. Wir untersuchen dies am Beispiel tapferer Sindelfinger Kämpfer, die leider fast vergessen sind.

Die Zerstörung europäischer Länder und was das für uns bedeutet

Das auf dem Rücken der Griechen eingeführte Modell der Schuldentilgung ist das einer Gesellschaft ohne öffentliche Dienste, in der die Schulen, die Kliniken und die Abgabestellen für Medikamente verfallen, in der Gesundheit zu einem Privileg der Reichen wird. Sieht so die europäische Zukunft aus?

Armut hat keine Nationalität

– Verteilungsungerechtigkeit auch nicht.